



Kantonsrat

Anfrage David Roth und Mit. über die Kommunikation zur Untersuchung der ungerechtfertigten Subventionsbezügen bei Luzerner Verkehrsbetrieben

eröffnet am

Bei der Beratung von A556 versprach im Oktober 2018 der damalige Departementschef gegenüber unserem Rat eine rasche transparente Klärung, ob es auch bei Luzerner Verkehrsbetrieben zu ungerechtfertigten Subventionsbezügen kam. Nun erfährt die Öffentlichkeit erst auf Druck der Medien von den Verfehlungen und den Deals die gemacht wurden. Die Kommunikation wirft in diesem Fall zahlreiche Fragen auf. Insbesondere, ob der Versuch unternommen wurde, die Sache zu verschweigen oder zumindest bis nach den kommunalen Wahlen zu verzögern.

1. Zu welchen Zeitpunkten verfügte der Regierungsrat über welche Informationen zu diesem Fall?
2. Zu welchem Zeitpunkt war dem VVL und wann dem Regierungsrat klar, dass die VBL ungerechtfertigte Gelder erhielt?
3. Wann war dem VVL und wann dem Regierungsrat klar, in welcher Grössenordnung sich diese zu viel bezogenen Gelder befinden?
4. Weshalb wurde über die Zwischenschritte nicht informiert, sondern war die Kommunikation erst vorgesehen, wenn alles unter Dach und Fach ist?
5. Wusste der Regierungsrat dem Deal zwischen VVL und VBL? Hat er dem Deal zugestimmt und wenn ja wann?
6. Kann der Regierungsrat ausschliessen, dass der VVL beim Bundesamt für Verkehr versucht hat, zu verhindern, dass das BAV im Rahmen der Information vom 28. Februar auch die Vorkommnisse in Luzern erwähnt?
7. Hat jemand der Beteiligten auf das Bundesamt für Verkehr eingewirkt oder es gebeten, auf eine Publikation im Rahmen der Medienmitteilung vom 28. Februar zu verzichten?
8. Weshalb wurden keine Zwischenergebnisse präsentiert – obwohl im 2018 eine transparente Aufarbeitung zugesichert wurde?